

Laurent Schmit

Heiße Eisen

Was ist Zeitgeschichte heute?

Zur Zeitgeschichte gehöre, „daß sie an keinerlei heißen Eisen, weder internationalen noch nationalen, sich vorbeidrückt und nicht leere Räume offenläßt, in die Legenden sich einzunisten neigen“, schrieb 1953 Hans Rothfels, einer der Mitbegründer der zeithistorischen Forschung in der Bundesrepublik.¹

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass Luxemburg sich stets schwertat, an die „heißen Eisen“ seiner Geschichte zu rühren. Will die Regierung – wie in ihrem Programm angekündigt – dies mit der Gründung eines Instituts für Zeitgeschichte ändern, dann muss sie mit früheren Versäumnissen aufräumen.

Dokumentieren und erforschen

Zeitgeschichte als historische Disziplin ist eng verknüpft mit den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. In vielen Ländern Westeuropas entstanden nach 1945 Institute, die sich wissenschaftlich mit dieser Zeit befassten. 1949 – im Gründungsjahr der Bundesrepublik – wurde das Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geschaffen, das seit 1952 als Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München besteht.

Andreas Wirsching, der heutige Direktor des IfZ, erklärt, dass die Gründung den damaligen Willen der intellektuellen und politischen Eliten der noch jungen Bundesrepublik zeige, sich der Vergangenheit zu stellen. Diese Auseinandersetzung hatte in den frühen Jahren eine sehr konkrete

Gestalt: Das IfZ erstellte viele Gerichtsgutachten in Rahmen der Prozesse gegen Kriegsverbrecher.

„Es ist die Geschichte unserer Zeit, die für Standortbestimmung und die Selbstverständigung unserer Gesellschaften von entscheidender Bedeutung ist.“

Auch wenn in Belgien das Centre d'histoire de la Seconde Guerre mondiale – der Vorgänger des heutigen Centre d'études Guerre et sociétés contemporaines (CEGESOMA) – erst 1967 gegründet wurde, so war auch hier einer der Hauptimpulse ein Gerichtsprozess. Rudi Van Doorslaer, der heutige Direktor des CEGESOMA, erläutert, wie 1967 ein Prozess in Wien gegen einen Kriegsverbrecher als Auslöser wirkte. Der belgische Staat hatte sich als eine der Prozessparteien konstituiert, weil der Angeklagte bereits in Belgien in Abwesenheit zur Todesstrafe verurteilt worden waren. Doch das Parlament stellte fest, dass der Staat nicht über die nötige Dokumentation verfügte, um den Prozess sachgemäß zu begleiten. Zusammen mit den Forderungen der Widerstandsorganisationen gab dies den Anlass, ein Institut zur Erforschung und Dokumentation des Zweiten Weltkriegs zu gründen.

Das Sammeln von Dokumenten war eine der Hauptaufgaben der neu gegründeten Institute. Diese Arbeit stellte die Basis dar, um die NS-Zeit bzw. den Krieg (ju-

ristisch) aufzuarbeiten, historisch zu erforschen und auch eine Erinnerung zu erhalten. Ihre speziellen Aufgaben übersteigen den akademischen Rahmen und erklären, warum diese Institute außerhalb von universitären Strukturen funktionieren.

Der Luxemburger Sonderweg

Luxemburg hatte dagegen keinen Anteil an dieser Entwicklung. Ende der Fünfzigerjahre gab es zwar eine Commission d'histoire de la II^e Guerre mondiale, doch sie „hat keine bleibenden Resultate hervorgebracht“, schreibt der Historiker Benoît Majerus.² Nach 1945 wurde die Deutung der Ereignisse im Krieg größtenteils den Resistenzlern überlassen, erläutert Paul Dostert, Direktor des Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR). Der Mythos, dass alle Luxemburger einig den Nazis Widerstand geleistet hätten, wurde selten in Frage gestellt. Diese Darstellung hatte auch eine außenpolitische Funktion. Sie sollte beweisen, dass Luxemburg dieses Mal auf der richtigen Seite stand – anders als im vorherigen Krieg, als Belgien und Frankreich die Haltung Luxemburgs als deutschfreundlich bezeichneten. Zudem wurde die Erinnerung an den Widerstand in allen westeuropäischen Gesellschaften besonders betont. Sie sollte während des Kalten Kriegs Vertrauen schaffen, dass man sich gegen den – diesmal kommunistischen – Feind wehren könne.³

Erst in den Achtzigerjahren nahm die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem



Minister gedenken dem Zweiten Weltkrieg beim Hinzerter Kreuz, 23.12.2013 (SIP / Charles Caratini)

Krieg in Form von Dissertationen und Abschlussarbeiten deutlich zu. Doch Zeitzeugen und Vertreter der Resistenzbewegung stellten die Legitimation der Historiker in Frage. „Nur wer den Krieg durchlitten hatte, konnte aus ihrer Sicht darüber schreiben“, so fasst Paul Dostert ihre Argumentation zusammen. Er selbst wurde aufgrund seiner Doktorarbeit etwa vom früheren DP-Minister Emile Krieps angegriffen, weil er u. a. auf deutschen Dokumenten gearbeitet hatte.⁴ Den Historikern gelang es jedoch langsam in der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild der Besatzungszeit zu schaffen. So wurde auch die Tabuisierung der Kollaboration endgültig aufgebrochen, wie die Debatte über die Rolle der Verwaltungskommission letztes Jahr zeigte.⁵

Mit dem 2002 geschaffenen CDRR wurde nur vordergründig eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut. Entsprechend den Wünschen der Widerstandsorganisationen entstand eng verknüpft mit dem CDRR ein Comité directeur pour le Souvenir de la Résistance. Diese Einbettung der Forschung in die Erinnerung und der immer noch bestehende Bruch zwischen ehemaligen Widerständlern und Zwangsrekrutierten verhinderten 2002 ein Institut, das alle Aspekte des Zweiten Weltkriegs hätte untersuchen können. Das Unbehagen über diese Verlegenheitslösung führte 2003 dazu, dass das Parlament auf Initiative von Renée Wagener (déi Gréng) die Regierung aufforderte, adäquate wissenschaftliche Strukturen zu schaffen und zu untersuchen, welche Rolle die Universität

übernehmen könne. Doch nach dem gleichen Schema wie 2002 schuf das Parlament 2005 das Centre de Documentation et de Recherche sur l'Enrôlement forcé (CDREF) und ein entsprechendes Erinnerungskomitee in einer pathosgeschwollenen Sitzung, bei der keinerlei Kritik an der fehlenden Kohärenz geäußert wurde.

Öffnung des Forschungsfeldes

Während die Forschung in Luxemburg in ein erinnerungspolitisches Korsett geschnürt wurde, war man im Ausland einen Schritt weiter und das Forschungsfeld der zeithistorischen Institute weitete sich aus. So wurde in Belgien 30 Jahre nach seiner Gründung aus dem Centre d'histoire de la Seconde Guerre mondiale das heutige CEGESOMA. Damit ging ein tiefgreifender Wandel des Auftrags einher, erklärt Rudi Van Doorslaer. Bis 1997 verfügte das Zentrum über einen Beirat, der sowohl Repräsentanten patriotischer Vereinigungen und der Resistenz umfasste wie Vertreter der universitären Forschung. Nun wurde die Verwaltung ausschließlich in die Hände von Wissenschaftlern gelegt. Dies war auch eine Konsequenz aus der Ausdehnung der Mission auf Konflikte des 20. Jahrhunderts im weitesten Sinne.

Sowohl Andreas Wirsching wie Rudi Van Doorslaer betonen, dass die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg weiterhin zentral in der Arbeit ihrer Institute bleibt. Rudi Van Doorslaer erwähnt etwa eine Studie im Auftrag des Parlaments über die Rolle der belgischen Verwaltung in der Juden-

verfolgung. Auch Andreas Wirsching sieht Fragestellungen, die bisher kaum erforscht wurden, etwa das Verhältnis zwischen Privatem und Öffentlichem in der NS-Zeit. Das IfZ ist ebenfalls an der 16-bändigen Dokumentation des Holocausts beteiligt. „Dabei stellt sich heraus, dass eine Fülle neuer Quellen auftauchen, die Anlass für neue Forschung geben können“, sagt Wirsching.

„Epoche der Mitlebenden“

Zeitgeschichte ist die „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“, lautet die klassische Definition von Hans Rothfels. Nimmt man diesen Anspruch ernst, dann rücken die Jahrzehnte nach dem Krieg stärker in den Fokus. Für Andreas Wirsching ist es ganz klar, dass auch die jüngere Zeitgeschichte mit all ihren Themenfeldern ernst genommen werden sollte: „Es ist die Geschichte unserer Zeit, die für Standortbestimmung und die Selbstverständigung unserer Gesellschaften von entscheidender Bedeutung ist.“

Zwei Forschungsschwerpunkte des IfZ greifen diese Herausforderung auf. Zum einen handelt es sich um die Geschichte der Demokratie im 20. Jahrhundert und vor allem seit 1945. „Dabei steht die Frage im Zentrum, wie sich Demokratien aus sich selbst heraus entwickeln“, erläutert Andreas Wirsching. So untersucht etwa ein Projekt die Geschichte von Enttäuschungsprozessen in Demokratien: Welche Erwartungshorizonte werden in einem bestimmten Kontext aufgebaut, und was passiert, wenn sich Desillusionierung einstellt. Dass mit solchen Themen ein Beitrag zur „Selbstverständigung“ geleistet wird, scheint klar. Das gilt ebenfalls für einen zweiten Forschungsschwerpunkt des IfZ, der „die historischen Transformationen seit den 1970er Jahren“ untersucht. In diesem Themenfeld sieht Andreas Wirsching ein „Megathema der Zeitgeschichte“ für die nächsten Jahrzehnte: „Der Wandel der westlichen Gesellschaften bis in die jüngste Gegenwart hinein ist gigantisch und drückt sich in Prozessen wie Entindustrialisierung, Individualisierung und Wertewandel aus.“

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in der Arbeit des CEGESOMA. Das Institut

wird im November ein Buch veröffentlicht über die Ermordung des Vorsitzenden der kommunistischen Partei in Belgien, Julien Lahaut, im Jahre 1950. Für Rudi Van Doorslaer zeigt diese Studie die Missstände und Fehler innerhalb des Justiz- und Polizeiapparates im Kalten Krieg, und wie die Demokratie und der Rechtsstaat durch die Angst vor einem (teilweise imaginären) Feind unterhöhlt wurden. Hier könne man durchaus Parallelen zwischen dem Kalten Krieg und der Welt nach dem 11. September 2001 ziehen, meint Van Doorslaer.

In diesem Sinne kann Zeitgeschichte als „Problemgeschichte der Gegenwart“ gesehen werden.⁶ Pieter Lagrou ist überzeugt, dass „la survie de l'histoire comme discipline critique tient à sa capacité de proposer des analyses du passé pertinentes pour notre présent“.⁷ Doch Andreas Wirsching warnt aber davor, „die Geschichte ausschließlich durch die Brille der Gegenwart zu sehen“, denn wir wüssten selbst nicht, „wo wir eigentlich mit der Gegenwart stehen und was die entscheidenden Einwirkungskräfte unserer Zeit sind“.

Die Entzauberung der Meistererzählungen zur Luxemburger Geschichte, die die historische Forschung an der Uni im letzten Jahrzehnt hauptsächlich geleistet hat, ist sicher ein Beitrag zur „Selbstverständigung“. Doch genau so unstrittig ist, dass soziale und wirtschaftliche Entwicklungen dabei in den Hintergrund gerieten. Die Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit findet in Luxemburg ebenfalls in zwei Forschungszentren statt, die sich mit der europäischen Integration befassen: das Centre d'études et de recherches européennes Robert Schuman (CERE) – seit 1990 – und das Centre virtuel de la Connaissance sur l'Europe (CVCE) – seit 2002. Beide finden internationale Anerkennung, trotzdem ist es bezeichnend, dass die Politik gerade einen Forschungszweig fördert, der das Bild des europäischen Musterschüler-Landes eher stärkt. Die Auseinandersetzung mit sensiblen Themen wie dem Aufstieg des Finanzplatzes oder die Auswirkungen des Kalten Krieges in Luxemburg (man denke an die großflächige Überwachung linker Bewegungen durch den Geheimdienst) fehlt dagegen.

Ihren bisherigen – eher vagen – Äußerungen zufolge will Kulturministerin Maggy Nagel, an deren Ministerium das Institut angegliedert werden soll, den Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte nicht auf die Erforschung des Zweiten Weltkrieg begrenzen.⁸ Würde sich das Institut dann auch für die Zeit nach 1970 öffnen, könnte die Luxemburger historische Forschung vom Nachzügler zum Trendsetter werden.

Mehr mit weniger?

Im Regierungsprogramm ist vorgesehen den Forschungsauftrag des CDDR und des CDREF an das zu schaffende Institut zu übertragen. Angedeutet wurde ebenfalls, dass weitere der genannten Institute darin aufgehen sollen⁹ – getreu dem Lieblingsmotto der Koalition „mehr mit weniger“. Doch eine Zusammenlegung der bestehenden Strukturen wird nicht reichen.

Neben den „riesigen Lücken“ in der zeit-historischen Forschung sieht Charles Barthel, Direktor des CERE, vor allem ein Problem: den Zugang zu Archivdokumenten, ohne die Historiker nicht arbeiten können. Oft übergeben Ministerien ihre Dokumente erst nach vielen Jahrzehnten ans Nationalarchiv – sofern Beamte sie nicht geschreddert haben. Noch immer fehlt ein Archivgesetz, das dies unterbinden würde. Es wäre also absurd, ein Institut für Zeitgeschichte zu schaffen, ohne dem Nationalarchiv endlich die notwendigen Ressourcen (Gebäude und Personal) für seinen Auftrag zu geben.

Auch bei der Finanzierung des Institutes selbst bräuchte es eine Trendwende. Die Luxemburger Institute sind Opfer des Sparzwangs. Die Mittel des CDRR sanken von 20 000 Euro 1997 auf 16 200 dieses Jahr. Damit seien keine Ausstellungen oder Publikationen möglich, ohne gleich Extramittel beantragen zu müssen, bedauert Paul Dostert. Die Mittel des CDREF sanken ebenfalls von 34 000 Euro 2013 auf 30 600 Euro dieses Jahr. Das Budget des CERE bleibt zwar mit 55 000 Euro konstant, aber nun müssten davon auch die gesamten Funktionskosten bezahlt werden, was einer Kürzung von 28 % gleichkäme, erklärt Direktor Charles Barthel. Über die höchste Dotation verfügt das

CVCE: 2014 werden es 3,8 Millionen sein (3,9 Millionen in 2012).

Der Blick ins Ausland zeigt, dass eine hohe Grundfinanzierung wichtig ist. Das IfZ ist in diesem Sinne recht gut ausgestattet. Das Institut ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und erhielt in 2012 eine grundständige Finanzierung in Höhe von 5,8 Millionen Euro, die zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Bundesländern, in erster Linie vom Sitzland Bayern, getragen wird. Diese jährliche Dotierung entspricht etwa zwei Drittel des Gesamtbudgets des IfZ. Die sogenannten Drittmittel, d. h. Gelder die auf Projektbasis bewilligt werden, lagen 2012 bei 2,2 Millionen. Der hohe Anteil an grundständiger Finanzierung gibt ein vergleichsweise hohes Maß an Sicherheit. Andreas Wirsching erklärt, dass das IfZ dadurch „über inhaltliche Gestaltungsfähigkeit verfügt“.

Die Finanzierung des CEGESOMA ist da etwas weniger komfortabel. Die jährliche Dotierung aus dem Staatshaushalt betrug 2013 rund 55 % des Budgets, die restlichen 45 % stammten aus Drittmitteln, die über nationale und europäische sowie aus privater Hand finanzierte Projekte akquiriert werden.

Wenn die Regierung es ernst meint mit ihren Plänen für ein Institut der Zeitgeschichte, dann hilft ihr Lieblingsmotto hier nicht weiter. ♦

1 Hans Rothfels, „Zeitgeschichte als Aufgabe“, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1/1, 1953, S. 1-8.

2 Benoît Majerus, „Besetzte Vergangenheiten“, in *Hémecht* 64/3, 2012, S. 40.

3 Pieter Lagrou, „De l'histoire du temps présent à l'histoire des autres. Comment une discipline critique devient complaisante“, in *Vingtième Siècle*, Nr. 118, 2013, S. 101-119, hier S. 109.

4 Michel Pauly, „Historikerfehde“, *forum*, Nr. 95, 1987, S. 40.

5 Siehe Vincent Artuso, *La collaboration au Luxembourg durant la Seconde Guerre mondiale*, Frankfurt a.M. et al., Peter Lang, 2013.

6 Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, *Nach dem Boom, Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen, 2010.

7 Lagrou, *De l'histoire*, S. 118.

8 Pia Opper, „Institut für Zeitgeschichte“, Radio 100,7, 19.2.2014 und Luc Caregari, „Avancer le plus vite possible“, *woxx*, 27.2.2014.

9 Bernard Thomas, „Les dilettantes“, *d'Lëtzebuurger Land*, 21.3.2014.